Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

11.5.1864 (No. 110)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 11. Mai.

Nr. 110.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **London,** Montag 9. Mai, Abends. Resultat der heutigen Konferenz. Die Feindseligkeiten werden auf der Grundlage des Besitzstandes aufgehoben; die Kriegführenden behalten ihre Land- und Seestellungen; die Blokade wird aufgehoben; die Waffenruhe beginnt nächsten Donnerstag und dauert einen Monat.

London, 9. Mai, Abends. (Köln. Ztg.) Oberhaus. Lord Russell theilt mit, daß die heutige Konferenz die Einstellung der Feindseligkeiten auf der Basis des uti possidetis beschlossen habe. Die Kriegführenden behalten ihre bisherigen Land- und Seepositionen, und die Blokade der deutschen Häfen wird aufgehoben. Die Waffenruhe beginnt am nächsten Donnerstag und dauert einen Monat. Ferner theilt Lord Russell mit, daß am Donnerstag wieder eine Konferenzsitzung stattfinde.

Auf eine Interpellation Donoughmore's erwiedert Lord Russell, es sei eine einfache Waffenruhe und ein Waffenstillstand vorgeschlagen worden, und zwar letzterer mit Räumung Alsens und Jütlands von Seiten der beiden kriegführenden Mächte. Dänemark habe die Waffenruhe gewählt. Lord Stratheden und Campbell beantragen eine Resolution, laut welcher Rußland wegen Vertragsbruches die Souveränetät über Polen verwirkt hat. Nachdem Earl Russell gegen die Resolution gesprochen hat, wird dieselbe zurückgezogen.

Unterhaus. Auf eine Interpellation Osborne's erwiedert Sir G. Grey, einem aus Helgoland eingelaufenen, an das Kolonialamt gerichteten Telegramm des dortigen Gouverneurs zufolge habe zwischen zwei österreichischen Fregatten und drei Kanonenbooten einerseits, und zwei dänischen Fregatten und einer Korvette andererseits ein Gefecht stattgefunden. Die österreichischen Schiffe seien von den dänischen geschlagen worden, hätten sich in der Richtung von Helgoland zurückgezogen, und eine österreichische Fregatte sei in Brand gerathen. Diese Mittheilung des Ministers wird mit vielseitigem Beifall aufgenommen.

† **Helgoland,** 9. Mai, Abends. Heute Nachmittag hat ein anderthalbstündiges Seegefecht zwischen dem deutschen Geschwader und drei dänischen Korvetten stattgefunden. Die österreichische Fregatte „Schwarzenberg" gerieth in Brand und verlor den Vorder-Topmast und das Bugspriet und hatte einen Verlust von 100 Todten und Verwundeten. Das Feuer wurde gelöscht. Die Fregatte „Radetzky" verlor 25 Mann. Die preußischen Schiffe sind wohlbehalten. Das deutsche Geschwader zog sich nach Helgoland zurück und ankerte hinter den Dünen. Die Dänen haben anscheinend ebenfalls stark gelitten. Sie ziehen nordwärts ab.

Deutschland.

Karlsruhe, 10. Mai. Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin Luise mit Ihrer Majestät der Königin Augusta von Preußen sind heute Abend nach 6 Uhr, von Koblenz kommend, dahier eingetroffen.

Karlsruhe, 10. Mai. Gestern Nachmittag hat Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zu Leiningen die hiesige Residenz wieder verlassen, um sich nach England zu begeben.

Frankfurt, 8. Mai. (Köln. Ztg.) Da Preußen, sicherm Vernehmen nach, von dem Vorschlag, die Insel Fehmarn durch Bundestruppen zu besetzen, Abstand genommen hat, werden die vereinigten holsteinischen Ausschüsse gar nicht Anlaß haben, über diese Angelegenheit Vortrag an die Bundesversammlung zu erstatten.

Frankfurt, 9. Mai. (Fr. P.-Ztg.) Die Protesterklärung deutscher Abgeordneten ist vorgestern dem Hrn. v. Beust in London zugestellt und, auf telegraphische Anfrage hin, von demselben angenommen worden.

Dresden, 7. Mai. Der Frankfurter „Postztg." wird von hier geschrieben, Königreich Sachsen wolle durch ein Separatabkommen mit Preußen einstweilen für sich dem preußisch-französischen Handelsvertrag beitreten.

Bremen, 5. Mai. (Hamb. Nchr.) Die Sache des deutschen Handelsgesetzbuches hat nunmehr endlich in Bremen ihren befriedigenden Abschluß gefunden, indem ein Einverständniß über dessen Annahme, sowie über die Einführungsverordnung zwischen Senat und Bürgerschaft erfolgt ist.

Altona, 7. Mai. Die früher bezweifelte Nachricht, daß Graf Russell unseren Abgesandten in London — den Mitgliedern der Ständeversammlung, Reincke, Prof. Dr. Behn und Pastor Versmann — die nachgesuchte Unterredung verweigert hat, stellt sich nun doch als begründet heraus. Er ertheilte ihnen den Bescheid: „Die Konferenz sei eine Vereinigung von Vertretern von Souveränen und Staaten, die weder mit Sozietäten, noch mit Einzelnen verhandeln könne." Die Rückkehr der Delegirten wird wahrscheinlich im Lauf der nächsten Woche stattfinden.

Berlin, 8. Mai. Wie die „Rhein. Ztg." meldet, hat sich gleich Waldeck, Mellien und Valentini auch Graf Schwerin gegen den bekannten Protest des Frankfurter Ausschusses erklärt. Derselbe stelle die Behauptung auf, daß preußische Abgeordnete außerhalb der Landtags-Sitzung keine Beschlüsse fassen dürfen. Waldeck macht diesen Grund ebenfalls geltend. Die motivirte Erklärung, mit welcher er die von dem Frankfurter Sechsunddreißiger-Ausschuß ergangene Aufforderung zu einer Protesterklärung abgelehnt, lautet nach der „Berl. Ref.":

Obgleich ich jede Aeußerung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit in dem gegenwärtigen Stadium gern vermiede, halte ich mich doch für verpflichtet, auf das heute mir zugegangene Schreiben vom 21. d. M. kurz die Gründe anzugeben, aus denen ich mich der projektirten Erklärung nicht anzuschließen vermag. Ich zweifle, ob eine solche Kollektiverklärung von Abgeordneten deutscher Staaten an ihrer Stelle für preußische Abgeordnete sei, nachdem Preußen die Sache in seine selbständige Kriegs- und diplomatische Aktion genommen hat. Die Bedeutung einer Emanation der Vertreter Deutschlands hat die Erklärung nicht, eben weil „eine Gesammtvertretung unserer Nation" nicht existirt und durch die einzelnen Landesvertretungen nicht ersetzt werden kann. Das Gewicht einer Manifestation des preußischen Abgeordnetenhauses fehlt ihr in gleicher Art, da sie nicht aus einer allgemeinen Deliberation der Abgeordneten hervorgegangen ist. Als Einzelnem mangelt mir der Beruf, Erklärungen und Proteste „im Namen der Nation" abzugeben, deren Förderlichkeit im gegenwärtigen Augenblick ich auch bezweifle. — Was den Inhalt der Erklärung anbelangt, so kombinirt dieselbe „das klare Recht" des Herzogs von Augustenburg und die Volksstimme. Fortwährend habe ich mich immer weniger davon überzeugen können, daß die Proklamation der Erbfolge des Herzogs die allein mögliche oder die beste, oder auch für sich allein nur eine genügende Weise sei, um die Interessen Deutschlands, Preußens und sogar die der Herzogthümer in dieser Frage zu wahren und die gebrachten Opfer aufzuwiegen. — Um auszusprechen, ob diesem großen Interesse gegenüber die Stimme der Bevölkerung der Herzogthümer der allein entscheidende Faktor sein sollte, müßte man vor allen Dingen wissen, durch welche Organe und auf welche Frage diese Stimme vernommen werden soll. Bei aller Achtung der durch die Erklärung manifestirten Ansichten und Sympathien, sowie der angestrebten Einmüthigkeit in dem Inhalt der Erklärung, glaube ich doch durch das Ablehnen der Unterschrift nichts, die preußischen und deutschen Interessen Förderndes zu versäumen.

Der Abgeordnete für Prenzlau-Angermünde, v. Valentini, hat die Aufforderung mit folgendem Schreiben abgelehnt:

Die einzige Macht, welche geneigt und entschlossen scheint, mit Energie die Unabhängigkeit der Herzogthümer Dänemark gegenüber zu vertreten, und für diese Unabhängigkeit außer den bisherigen noch weitere und größere Opfer zu bringen — ist Preußen. Preußen hat bereits unzweideutig zu erkennen gegeben, daß es einen dieses Ziel gefährdenden Beschluß der Konferenzmächte ohne Befragung und Zustimmung des Volkswillens in den Herzogthümern nicht anerkennen und als eine Lösung des Konfliktes nicht ansehen würde. — Die obenstehende Erklärung (in dem Satze: „Das klare Recht und der ausgesprochene Volkswille beruft den Prinzen Friedrich von Augustenburg zur Erbfolge in den unzertrennlich verbundenen Herzogthümern") greift aber dem Ausdruck des Willens der schleswig-holsteinischen Bevölkerung in einer Weise vor, die nur den Erfolg haben kann, die Regierung Preußens in ihrer bisherigen Haltung und endgiltigen Entschließung gegenüber den Konferenzmächten zu erschüttern, und der Entscheidung über das Loos der Herzogthümer denjenigen Fürsprecher und Vertheidiger zu entziehen, der allein den Willen und die Macht hat, das deutsche Recht in dieser Frage thatsächlich zu vertreten. Abgesehen davon, halte ich mich zwar berechtigt, für meine Person, nicht aber „im Namen der Nation" eine Erklärung abzugeben.

* **Berlin,** 9. Mai. Die „Kreuz-Ztg." schreibt: Der Ministerpräsident v. Bismarck ist von der beabsichtigten Reise nach dem Rhein durch die Unterhandlungen wegen der Londoner Konferenz und die dadurch nothwendig werdende Korrespondenz mit den auswärtigen Höfen zurückgehalten worden. — Gestern Vormittag verstarb hieselbst nach längerer Krankheit der bekannte Lehrer des Kirchenrechts, Geh. Rath Professor Dr. Richter, vortragender Rath im Ministerium der geistl. Angelegenheiten. — Am letzten Sonntag, 8. d., ist der Oberbefehlshaber sämmtlicher in Jütland stehenden preußischen Truppen, Generalleutnant Vogel v. Falkenstein, in Aalborg (am Limpfjord) angekommen. — Die „N. Pr. Ztg." schreibt:

Heute wird die Konferenz in London wieder eine Sitzung halten; wir bezweifeln kaum, daß in derselben die Waffenruhe wird beschlossen werden. Die deutschen Großmächte haben kein Interesse, dagegen zu stimmen, sobald die Bedingungen ihnen annehmbar erscheinen; die neutralen Mächte aber bemühen sich alle dafür, daß ein Waffenstillstand zu Stande komme. Namentlich Frankreich verfolgt dies Ziel auf das lebhafteste. Im Ganzen zeigt sich das Pariser Kabinet in der schleswig-holsteinischen Frage bekanntlich weniger feindselig gegen Deutschland, als die brittische Regierung; aber zum Waffenstillstand — unter welchen Bedingungen auch, selbst mit Beibehaltung der Blokade — drängte die französische Regierung mit noch größerer Entschiedenheit als die englische. Fast scheint es, als ob das Tuilerienkabinet durch finanzielle Gründe bestimmt würde, nach dieser Richtung hin so lebhaft vorzugehen.

Swinemünde, 6. Mai. (Ostsee-Ztg.) Heute Morgen gegen 8 Uhr gingen „Grille", „Nymphe" und die hier stationirten zwei Divisionen Kanonenboote zu einer Rekognoszirung in See. Es kam darauf an, zu erfahren, ob die dänische Panzerfregatte „Danebrog" sich bei dem um Rügen versammelten Blokadegeschwader befinde, welches seit dem Erscheinen des preußisch-österreichischen Geschwaders in der Nordsee sich neuerlich bis auf 10 Fregatten und Korvetten vermehrt hat. Die Rekognoszirung hat vollständig ihren Zweck erfüllt. Die Anwesenheit des „Danebrog" beim Blokadegeschwader ist nicht nur konstatirt, sondern auch ein Urtheil über seine Schnelligkeit und demgemäß Gefährlichkeit für unsere Schiffe gewonnen. Nach Aeußerungen von der Besatzung der „Grille" macht das Panzerschiff den Dänen alle Ehre, da es 12 Knoten läuft und mithin allen unsern Schiffen (außer der „Grille") an Geschwindigkeit überlegen ist.

Italien.

* **Turin,** 8. Mai. Die „Stampa" widerlegt die Nachricht, daß Kardinal Antonelli die französische Regierung dazu vermocht habe, bei der italienischen Regierung zu Gunsten des Kardinals Marichini einzuschreiten.

* **Turin,** 9. Mai. Ein königl. Dekret öffnet die Universitäten Turin und Pavia wieder. Fast alle Studirenden sind der Fortsetzung der Vorlesungen nach dem neuen Reglement beigetreten.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers begann (wie schon kurz erwähnt) die Budgetdiskussion. Die Rede des Hrn. Thiers hat einen ungemeinen Eindruck auf die Kammer hervorgebracht.

Nachdem Thiers in der Einleitung erklärt, daß heutzutage mehr als je von einer geordneten Finanzverwaltung die Wohlfahrt eines Staates, dessen militärische und politische Machtstellung abhänge, legte er der Versammlung den Plan seiner Rede vor. Er will zunächst mit möglichster Schärfe den gegenwärtigen Zustand des Budgets feststellen, und dann in der Vergangenheit einen Anhaltspunkt zur Prüfung des seitherigen Finanzganges suchen. Nachdem er die allmälige Zunahme der Budgets einer genauen Untersuchung unterzogen, will er kurz deren nützlichen und zweckdienlichen Charakter untersuchen, und zuletzt ausfindig machen, durch welche Mittel es möglich ist, auf eine Lage zurückzukommen, die vernünftiger Weise anerkannt werden kann. Diese Aufgabe löste Thiers in glänzender Weise.

Der Finanzverwaltung der Februar-Republik stellt Thiers, obgleich er, wie er selbst sagt, keinen Grund hat, der letztern zu schmeicheln, ein sehr günstiges Zeugniß aus. Er rechtfertigt Garnier-Pagès und dessen vielgeschmähte 45-Centimes-Steuer, durch welche allein die Einführung des Papiergeldes vereitelt worden ist, und weist nach, daß nach vier Jahren, die so schwere Prüfungen über Frankreich gebracht, in den Finanzen bereits wieder vollkommene Ordnung herrschte; die Einnahmen hatten sich gehoben, die Ausgaben vermindert, und die Republik war auf den Budgetstand der Monarchie bereits zurückgekehrt. 1851 betrug das Ausgabebudget 1448 Millionen, und in allen einzelnen Ausgabeposten findet man beinahe dieselben Summen wie früher wieder.

„Wie aber sind wir", fragt Thiers, „seitdem von einem Budget von 1500 auf eines von 2300 Millionen gekommen?" Er unterscheidet drei Perioden: die erste bis zum Krimkriege unter der Finanzverwaltung Bineau's, die zweite bis zum Ausgang des italienischen Feldzuges unter Magne, und endlich die dritte bis auf heute unter Fould, die der auswärtigen Expeditionen, besonders der mexikanischen. Thiers erkennt an, daß 1852, 53 und 54 gute Jahre waren; die Ordnung war wieder hergestellt, der Unternehmungsgeist nahm einen ungeheuren Aufschwung; die indirekten Einnahmen mehrten sich um 100 Millionen. Allein das Kaiserreich liebte vielleicht zu sehr den äußern Schimmer der Macht. Es erhöhte die Gehalte seiner Beamten, was an und für sich und innerhalb gewisser Grenzen nicht unbillig war; und da die Freiheit einstweilen vertagt war und erst den Ausbau des Gebäudes bilden sollte, so mußten die Geister im Innern durch große Arbeiten, nach außen durch große Unternehmungen beschäftigt werden. Mit beiden ist Thiers einverstanden, jedoch unter Vorbehalt: mit den großen Arbeiten, wenn sie die Grenze zwischen dem Nützlichen und dem Luxus nicht überschreiten, mit den großen Unternehmungen, wenn sie die Grenze zwischen einem Krieg aus wahrhaft nationalem Interesse und einem Krieg, der nur gewissen Schwächen des öffentlichen Geistes schmeicheln soll, nicht überschreiten. Schon im Jahr 1854 waren die odentlichen Ausgaben (von 1374 Millionen im Jahr 1852) auf 1474 Millionen gestiegen, und zwar hatte sich die öffentliche Schuld um 8 Millionen Renten, die Dotationen um 28, die Zivilliste um 25 Millionen, die Kosten für den Staatsrath, den Klerus, die Präfekten ꝛc. ꝛc. um 12, für höhere militärische Würden um 11 Millionen ꝛc. ꝛc., im Ganzen um 100 Millionen vermehrt, die übrigens damals noch durch die gleiche Vermehrung der Einnahmen gedeckt wurden. Um diese Zeit begann der Krimkrieg mit seinen schweren Ausgaben, die jedoch Thiers nicht bedauert, da dieser Krieg, seiner festen Ueberzeugung nach, ein ausgezeichneter Krieg von großen und nützlichen Folgen für die Politik und die Macht Frankreichs war, denn er hat die alte europäische Koalition gesprengt. Damals war Herr Magne Finanzminister, und Thiers nimmt keinen Anstand, demselben für sein finanzielles System und seine Amtsverwaltung sehr großes Lob zu spenden. Allein nach dem russischen Krieg kamen der italienische Krieg, der Handelsvertrag, die syrische, die chinesische Expedition ꝛc., und endlich das Dekret vom 24. November, welches Hrn. Magne der Bürde der Leitung, nicht aber der Bürde der Vertheidigung der Finanzen enthob. Damit schloß die zweite Periode.

Während des Krimkrieges hatte das Budget 2400, während des italienischen Feldzugs 2217 Millionen betragen, und wenn nun nach

Beendigung eines solchen Krieges eine Verminderung von 4- bis 500 Millionen in den Jahresausgaben eintritt, so ist man, wie Thiers sagt, so zufriedengestellt, daß man gar nicht mehr auf die früheren geringeren Budgets zurückkommen mag; man macht sich die allgemeine Emotion zu Nutzen, und nachdem man die Lorbeeren des Krieges gepflückt, verspürt man eben so große Lust nach den Lorbeeren des Friedens. Man bringt große Arbeiten in Vorschlag, und so käm man nach dem Krimkrieg auf 1800, allein nach dem italienischen Feldzug schon auf 2000 Mill. Friedensbudget. Um diese Zeit wurden die Supplementarkredite abgeschafft, denen der Redner nicht so abgeneigt ist, wie die Meisten seiner Kollegen im Gesetzgeb. Körper. Hätte er damals an den Kaiser das Wort richten können, so würde er gesagt haben: „Sire, entäußern Sie sich nicht dieses Rechtes der Anordnung supplementärer Kredite, denn keine Regierung kann dafür einstehen, im Lauf eines Jahres nicht von einer Gefahr oder einem Bedürfniß plötzlich überfallen und in die Lage versetzt zu werden, zu außerordentlichen Krediten seine Zuflucht nehmen zu müssen, und in diesem Fall müßte sie das Gesetz verletzen, was immer höchst unangenehm ist." Vielleicht würde Thiers noch beigefügt haben: „Sire, anstatt sich dieses werthvollen Rechts zu begeben, gestatten Sie mir manchmal, Ihrer Politik Widerstand zu leisten; und damit ich dies vermag, geruhen Sie, einige Beziehungen zwischen meinen Kollegen und mir (Thiers denkt sich den Fall, er spreche als Finanzminister zu dem Kaiser) und zwischen meinen Kollegen und der Kammer herzustellen." Hr. Fould habe anders gedacht und einfach dem Uebelstand durch Abschaffung der außerordentlichen Kredite abzuhelfen gehofft.

Der Redner geht nun die einzelnen Reformen der Fould'schen Periode durch, denen er keinen sonderlichen Beifall zollt. Man sei trotz der Abschaffung der außerordentlichen Kredite unter Hrn. Fould zu einem Budget von 2300 Millionen, also 200 Millionen mehr, als unter Magne, gelangt.

Nach einer zehn Minuten langen Pause geht der Redner nun zur Untersuchung der Frage über, wie man überhaupt von 1500 Millionen Budget zu 2300 Millionen habe gelangen können. Er vergleicht zu diesem Zweck die einzelnen Posten des Budgets von 1851 mit denen des vorliegenden Budgets von 1865. Die öffentliche Schuld betrug 1851 398 Millionen Renten, 1865 beträgt sie 699 Millionen, also 301 Millionen mehr. Im Justizministerium wird für 1865 eine Zunahme von 6, für den Kultus von 6, für die auswärtigen Angelegenheiten von 5, den öffentlichen Unterricht von 4, für das Innere von 54, für den Krieg von 71, für die Marine von 56 Millionen konstatirt. Das Eintreiben der Steuern kostet 234 Millionen jährlich, gegen 149 im Jahr 1851. Das Ministerium des kaiserl. Hauses, das inzwischen neu geschaffen wurde, kostet 12 Millionen. Im Ganzen bietet also das Budget von 1865, verglichen mit dem von 1851, eine Zunahme von 636 Millionen dar. Thiers geht nun auf eine Kritik dieser einzelnen Posten ein und weist nach, wie man noch nicht 2 Milliarden Einnahmen habe, also bei 2200 bis 2300 Millionen jährlichen Ausgaben nothwendiger Weise zu regelmäßigen Anlehen beim Publikum oder bei dem Amortisationsfond seine Zuflucht nehmen müsse. Darum sei das Anwachsen der öffentlichen Schuld von nahe 400 auf nahe 700 Millionen Zinsen unvermeidlich. (Schluß folgt.)

♁ **Paris**, 9. Mai. Das Gerücht von der Ankunft der Lords Granville und Clarendon in Paris ist unbegründet. — Der Abend-Moniteur tadelt heute die stattgehabte Verhaftung des Kardinals Morichini, welche, wie er sagt, unter der gemäßigten Partei Italiens allgemein einen bedauerlichen Eindruck machte. „Es ist schwer zu begreifen", fügt das offiziöse Abendblatt bei, „daß die diesem Kirchenfürsten zur Last gelegten Thaten den Umtrieben mit fremden Mächten, um ihnen die Mittel, Feindseligkeiten zu begehen, zu erleichtern, gleichgestellt werden konnten." — Menotti Garibaldi, der bekanntlich aus England hieher gekommen war, verläßt heute Abend Paris, um, wie er sagt, zu seinem Vater nach Caprera zu gehen.

Der „Moniteur" bringt Nachrichten über die in Algier stattgehabten strategischen Bewegungen. Es scheint aus diesen Nachrichten hervorzugehen, daß die Insurrektion in Algier bald erstickt sein wird, während sie sich in Tunis, wo der Bey keine reguläre Armee hat, widerstandslos ausdehnt. — Der russische General Kotzebue begab sich, wie der „Abend-Moniteur" bemerkt, persönlich an die Grenze von Bessarabien, um die dort aufgestellten Truppen, welche auf 100,000 Mann gebracht werden, zu inspiziren.

Dänemark.

— Auf der Insel Fühnen befindet sich ein schwedisches Freiwilligenkorps von 230 Mann unter dem Frhrn. v. Raab, worunter auch 30 Dragoner. Diese haben ein größeres und ein kleineres Dampfboot, sowie ein Transport-Fahrzeug zur Verfügung. „Aftonbladet" hat über die Rolle, die sie spielen, einen Brief aus Fühnen vom 13. April, worin es heißt:

Unsere Aufgabe ist, durch oft wiederholte Landungen an der Ostküste von Schleswig den Feind zu alarmiren, seine Magazine und Transporte zu vernichten, kurz, ihm so viel Schaden als möglich zuzufügen. Es ist ein Guerillakrieg, der keine großen Thaten hervorruft, allein abenteuerliche Wagnisse veranlaßt; denn die unvermuthete Ueberraschung in einer dunklen Nacht wiegt die geringe Stärke auf, und die Schnelligkeit gibt dem irregulären Manöver Kraft. Auf Fühnen ruhen wir uns aus, plötzlich drängen sich Alle durch die Preußen, richten Verwirrung an, und verschwinden mit der eroberten Beute. Ein Freibeuterleben hat eigenthümlichen Reiz. Die Mannschaft ist streng disziplinirt; vor der ersten Expedition wurde ihr unter Anderm angekündigt, daß, wer sich feig zeige, gleich niedergeschossen werden solle; wer sich Dem nicht bequeme, möge nach Hause gehen. Es sind theils norwegische und schwedische Schützen, darunter ein Bärenjäger aus Wermeland, ein nordischer Dekorationsmaler Fredriksen, ein Student der Medizin, Andersen, und der Bärenjäger Jensen vom nördlichsten Norwegen. Eine Nacht fuhr eine kleine Abtheilung in dunkelm Wetter auf eine Insel in der Nähe der schleswigschen Küste; von da sollten wir mit Booten landen. Es war so dunkel, daß wir bis nächste Nacht warten mußten, und am Tage zog man sich, um nicht erkannt zu werden, bürgerlich an, als alte Bauersleute oder als Bauernjungen. In der nächsten Nacht fuhren wir auf 5 Booten an die Küste, die preußischen Schildwachen hörten das Geplätscher des Wassers, aber konnten uns nicht sehen, sie schossen einigemal und zogen sich dann auf ihre Kameraden zurück, ritten darauf aber wieder an die Schanze, um aufzupassen. Wir marschirten auf einem Seitenweg, die Preußen ritten an uns auf der Chaussee vorüber. Wir marschirten bis dahin, wo der Feind auf weitere Nachricht wartete; der Hof war gleich umringt, ein Offizier wollte durch's Fenster, allein ein Karabiner wurde ihm da in's Gesicht gehalten, an der Thür bedrohten ihn 3 Bayonnette: er mußte, und seine 4 Mann und ein feindlicher Spion in bloßen Hemdeärmeln wurden stille fortgeführt; wir mußten uns damit begnügen. Hätten wir in der Nacht zuvor den Versuch gemacht, so hätten wir 50 gegen die damals noch im Dorf befindlichen 150 Infanteristen nicht viel ausrichten können. Einige Tage zuvor landeten wir an einer andern Stelle, und der Feind war so erschrocken, daß er die dortige Besatzung von 5 Kanonen eiligst landeinwärts auf Apenrade führte.

Aehnlich berichtet die „Gothenburger Handelszeitung" aus dem Brief eines Gothenburgers, daß man am 17., 10½ Uhr Abends, von Assons abfuhr und um 1½ Uhr bei Sonderbelle ankam. Dragoner an der Spitze, wurde landeinwärts marschirt. Man rief um 11 Uhr „Halt wer da?" und eine Kolonne von 600 Mann stand vor uns; also mußten wir retiriren. Es fielen dabei über 20 Feinde; wir hatten 2 Todte und 4 Verwundete, unter Ersteren der Malergesell Anderssohn aus Gothenburg. Nach einem Bayonnetanfall zog sich der Feind zurück; wir konnten auf's Schiff kommen. Kaum war das Schleppschiff mit uns fort, als ein Schießen begann. Es soll eine Abtheilung von 4000 Mann, die auf Düppel rückte, gewesen sein. Zu diesem Korps gehört auch ein Leutnant Borgestjana.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 4. Mai. Der Kaiser Alexander hat am 1. d. an den Fürsten Gortschakoff, Vizekanzler des Reiches, sein mit Diamanten eingefaßtes Bildniß mit einem Schreiben geschickt, aus welchem wir folgende Stelle entnehmen:

Als im vorigen Jahre die durch die polnische Rebellion hervorgerufenen politischen Verwicklungen die Unverletzlichkeit der Rechte Rußlands bedrohten und durch Gefährdung des allgemeinen Friedens die Fortführung der zum Heil des Reiches im Innern begonnenen Reformen verzögern konnten, hat meine Sorge sich vor Allem darauf richten müssen, die Würde und die legitimen Rechte Rußlands zu wahren. Ihre Erfahrung, Ihre eifrige Liebe und Ihre Hingebung an Thron und Vaterland haben mich in Ihnen einen würdigen Interpreten meiner Wünsche und Absichten finden lassen. Nachdem die Konflikte, die Rußland bedrohten, und die ungerechten Versuche, sich in seine inneren Angelegenheiten zu mischen, beseitigt worden sind, ist der Zweck der Arbeit, welche ich Ihnen übertrug und Sie mit Eifer erledigt haben, in der Ehre und dem Ruhme Rußlands erreicht, welche aller Fürsorge höchstes Ziel sind. In richtiger Würdigung dieser ausgezeichneten Dienste und zum besondern Zeichen meiner Gesinnung gegen Sie verleihe ich Ihnen beifolgend mein mit Diamanten eingefaßtes Bildniß, im Knopfloch am St.-Andreas-Bande zu tragen, und verbleibe mit unwandelbarem Wohlwollen Ihr aufrichtig wohlgeneigter und dankbarer Alexander.

Das „Journ. de St. Petersb.", das dieses Reskript heute veröffentlicht, meldet zugleich, daß auch Generaladjutant Graf Berg in Warschau am 1. d. des Kaisers Bildniß mit Diamanten, im Knopfloch zu tragen, verliehen erhalten habe. Ein Armeebefehl des Kaisers vom 1. d. dankt den Generalen Berg, Murawieff und Annenkoff für die von denselben zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes ergriffenen und mit dem besten Erfolg gekrönten Maßregeln, sowie sämmtlichen höheren und niederen Offizieren, sämmtlichen Unteroffizieren und Gemeinen für die im Kampfe mit den Rebellen bewiesene Tapferkeit und für die exemplarische Mannszucht.

Amerika.

Neu-York, 25. Apr. Am 12. Apr. erschien der größere Theil der Forrest'schen Kolonne, befehligt vom General Chelmers, vor dem (oder vielmehr hinter dem seine Front nach dem Mississippi kehrenden) Erdfort Pillow bei Columbus, und forderte die nur aus 600 Mann bestehende Besatzung zur Uebergabe unter den schmachvollsten Bedingungen auf. Wenn sie sich ohne Widerstand ergäben, so lautete die Aufforderung, so sollten die Negersoldaten (die zwei Drittel der Besatzung bildeten) nur als Sklaven verkauft, resp. ihren früheren Eigenthümern, wenn solche zu ermitteln sind, zurückgegeben werden; wenn nicht, so solle die ganze Besatzung über die Klinge springen. Die Aufforderung ward abgelehnt, doch nach einem zwölfstündigen, nicht besonders blutigen Gefecht bemächtigte sich Chelmers mit seiner großen Uebermacht des Schanzwerkes, und die Besatzung, nicht daran glaubend, daß die scheußliche Drohung ernst gemeint gewesen sei, streckte die Waffen. Aber sie war ernst gemeint gewesen. Gräßlich sind die von den wenigen Ueberlebenden gegebenen Schilderungen der Mordszenen, welche der Uebergabe folgten. 300 Neger und gegen 60 weiße Soldaten wurden mit Bayonnetten, Säbeln und Kolben todt gestochen, gehauen und geschlagen. Reihenweise stellte man die entwaffneten Neger zusammen und metzelte sie nieder. Fünf von ihnen wurden noch lebend in eine Grube geworfen, die der einzige Unverwundete von ihnen hatte graben müssen, und lebendig begraben. Die Verwundeten, die im Lazareth lagen, wurden zum Theil erstochen oder erschlagen, und dann das leichte hölzerne Gebäude, in dem noch manche Verwundete athmeten, in Brand gesteckt. Noch als die Flammen sich darüber emporlohten, hörte man daraus hervor das Jammergeschrei der Verbrennenden. Nach vollendeter Blutthat zogen die Rebellen ab, denn es war ihnen gar nicht eingefallen, das Fort zu behaupten.

Der Kongreß hat ein Komitee nach Columbus gesandt, um den Thatbestand festzustellen, und der Präsident Lincoln hat in einer zu Baltimore gehaltenen Rede feierlich versprochen, daß Retorsion für die namenlose Gräuelthat geübt werden solle. Von den südstaatlichen Blättern wird übrigens wenigstens in Abrede gestellt, daß die Gräuelszene von Pillow ein Werk kalter Berechnung gewesen sei.

* **Neu-York**, 28. Apr. Man meldet, daß Longstreet links von der Armee Lee's in Virginien Stellung genommen hat. In Luisiana ist es den unionistischen Kanonenbooten gelungen, bis zur Armee Bank's vorzudringen, der sie Munition gebracht haben. Bank's ist von neuem gegen Schremport vorgerückt. Im Jamesfluß haben die Unionisten zwei französische Schiffe, welche Tabak holen wollten, genöthigt, wieder umzukehren. Es ist noch durchaus keine Nachricht über die Bewegung Meade's veröffentlicht worden. Eine Schlacht mit Lee scheint nahe bevorzustehen.

* **Mexiko**, 1. Apr. Man sagt, daß Vidaurri Montirez mit 2000 Mann und Kanonen verlassen hat, und daß Juaristische Truppen diese Stadt besetzt halten.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 10. Mai. 47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy; Geh. Kriegsrath v. Froben.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte einiger Handelsleute von Mannheim, die Errichtung einer badischen Notenbank; übergeben vom Abg. Kopfer.

2) Bitte der Handelskammer von Bühl, die badische Bank betr.

3) Bitten der Weinproduzenten von Heidelberg, Neuenheim und Haßmersheim um Bewilligung des Zapfrechts; übergeben vom Abg. Allmang.

4) Bitte der Gemeinde Gengenbach, die Kinzigthal-Eisenbahn betr.

Abg. Frick erhält einen dreiwöchentlichen Urlaub.

Der Präsident zeigt an, daß nach einer Zuschrift des Staatsministeriums das Budget der Rechtspolizei-Verwaltung nach der Berathung des betreffenden Gesetzes in seinen einzelnen Positionen unverändert aufrecht erhalten werde; wenn einzelne unbedeutende Ueberschreitungen vorkämen, so seien dieselben vorübergehender Natur.

Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy, legt hierauf vor:

1) Den Entwurf des Eisenbahnbau-Budgets für 1864 und 1865 und die Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbaues in der verflossenen Budgetperiode.

2) Die Darstellung des Ergebnisses der von der großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues veranstalteten Untersuchung verschiedener Gebirgsbahnen, das Gutachten, die Pläne und Kostenüberschläge darüber.

Abg. Meyr zeigt einen druckfertigen Bericht an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Moll erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des Kriegsministeriums für die Jahre 1864 und 1865.

Der Bericht erörtert zunächst zwei Fragen allgemeiner Natur, die der Herabsetzung der Präsenzzeit und die der allgemeinen Wehrpflicht. Unsere Leser finden diese Ausführungen in der heutigen Beilage. Ueber diese beiden Fragen wird zunächst eine allgemeine Diskussion eröffnet.

Abg. Schaaff hält vor Allem eine eingehende Revision des Konskriptionsgesetzes nothwendig; er ist der Meinung, daß bei dieser Revision des Gesetzes hauptsächlich folgende Punkte in's Auge zu fassen seien:

1) Die Zahl der jeweils auszuhebenden Rekruten ist gesetzlich festzustellen.

2) Die nicht zum aktiven Dienst berufenen Leute einer Altersklasse haben eine Konskriptionssteuer zu bezahlen, welche mit Rücksicht auf Vermögens- und sonstige Verhältnisse bei nicht ganz Armen wenigstens 10 fl., höchstens 100 fl. zu betragen hat.

3) Auch die untauglich erkannten Pflichtigen sind dieser Steuer unterworfen; ausgenommen sind nur die mit einem Hauptgebrechen Behafteten, welches von der Loosung befreit (§. 22 des Konskriptionsgesetzes).

4) Die Verordnung über die militär-untauglich-machenden Gebrechen ist einer Revision zu unterwerfen.

5) Der Ertrag der Konskriptionssteuer wird verwendet einmal zur Aufbesserung der Löhnung der zum aktiven Dienst berufenen Mannschaft, sodann zu Alterszulagen für die nach Ablauf ihrer Dienstzeit freiwillig im Dienst verbleibenden Unteroffiziere, Spielleute und Soldaten.

Mit diesen in allgemeinen Umrissen angedeuteten Bestimmungen würde die Rechtsgleichheit nach Thunlichkeit gewahrt, ein kriegstüchtiger Cadre an Unteroffizieren, Spielleuten und Soldaten gesichert, und eben damit eine Abkürzung der Präsenzzeit der großen Masse der Mannschaft ohne Nachtheil für den Dienst ermöglicht und bedingt. Der Gedanke allgemeiner Wehrpflicht wäre aber dadurch nicht ausgeschlossen.

Der Präsident macht den Vorschlag, auch die auf die allgemeine Wehrpflicht sich beziehenden Petitionen, worüber Abg. Lamey (Pforzheim) Bericht erstattet hat, in den Kreis der Berathung zu ziehen.

Abg. Kopfer erklärt sich dagegen, da dieser nicht auf der Tagesordnung stehende Bericht erst kürzlich in die Hände der Mitglieder gekommen sei.

Die Kammer beschließt, die Berathung der Wehrfrage bis morgen auszusetzen, und es wird der Kommissionsantrag über die Verminderung der Präsenzzeit zur Diskussion ausgesetzt.

Derselbe lautet:

„Hohe Kammer wolle den Wunsch zu Protokoll erklären, großh. Regierung möge mit ihrem ganzen Einfluß dahin wirken, daß die in der Bundes-Kriegsverfassung bestimmte Dienstzeit von 2 Jahren für die Infanterie auf 1½ Jahre, und die Dienstzeit der übrigen Waffengattungen im Verhältniß so weit thunlich herabgesetzt werde."

Kriegsministerialpräsident Ludwig: Die Frage, ob dreijährige zweijährige oder anderthalbjährige Präsenzzeit, ist schon oft besprochen worden, ohne daß es gelungen wäre, die verschiedenen Ansichten zu vereinigen. In militärischen Kreisen besteht darüber kein Zweifel, daß die längere Präsenzzeit zweckmäßiger für den Soldatenstand ist. Auch wenn man sich für kürzere Dienstzeit ausspricht, muß man doch gewisse Grundsätze festhalten, namentlich die Bildung einer sogenannten Stockmannschaft.

Es ist mit der 1½ jährigen Präsenz namentlich eine ganz besondere Art der Einberufung, die Einführung wechselnder Dienstzeiten, ferner die Einführung einer Stockmannschaft von mindestens 10 Mann per Kompagnie, welche einen Aufwand von 30,000 fl. veranlassen, verbunden. Die Einführung der 1½ jährigen Präsenz wird daher zu keiner wesentlichen Ersparniß führen. Wenn die Kammer jedoch den Wunsch zu Protokoll gibt, so wird die Regierung die Frage in Erwägung ziehen.

Abg. Knies: Es ist nicht möglich, gewisse allgemein politische Betrachtungen bei Berathung des Militärbudgets zu unterdrücken, namentlich drängt sich die Betrachtung auf, daß der große Aufwand für das Militärbudget in den Mittelstaaten ganz und gar unverhältnißmäßig

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ist gegen die wirkliche Bedeutung, die erfahrungsgemäß die Heerkräfte derselben bei nationalen Fragen in die Wagschale legen.

Die vermehrten Ausgaben in dieser Beziehung sind fast alle zweck- und nutzlos.

Er wolle nur auf diese Dinge aufmerksam machen, ohne daß darin ein Mangel an Anerkennung für unsere Armee liege. Ein zweiter Kreis der Erwägungen beziehe sich auf die gesammte technische Organisation des Militärwesens, die besonders zu Zeiten wie die jetzige zur Sprache gebracht werden müsse.

Redner macht weiter auf den in manchen deutschen Staaten bestehenden bedauerlichen Zwiespalt zwischen der liberalen Partei und der Armee aufmerksam und hofft, daß derselbe sich in Zukunft ausgleichen werde. Er geht sodann zu dem Kommissionsantrag über.

Die allgemeine Dienstpflicht ist jedenfalls das der Gerechtigkeit entsprechendste System, der Zustand, wohin die Richtung der Zeit drängt.

Was die Frage der Verbesserung des Konskriptionsgesetzes betrifft, so ist der gegenwärtige Konskriptionsmodus ein durchaus mangelhafter.

Redner spricht seine Erwartung aus, daß dies das letzte Militärbudget sei, welches auf Grund des gegenwärtigen Konskriptionsmodus vorgelegt wird.

Generalleutnant Ludwig: Die Regierung hat schon auf dem vorigen Landtag ausgesprochen, daß sie die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in Erwägung ziehen werde.

Diese Frage greift aber so tief in alle Lebensverhältnisse ein, daß sie reiflicher Erwägung bedarf; bis jetzt ist noch keine Entscheidung darüber getroffen.

Das steht aber fest, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung des Budgets zur Folge haben wird.

Die Regierung hat der wichtigen Frage ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet. Am wenigsten werde er selbst der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht entgegen treten.

Abg. Beck spricht sich gegen den übergroßen Militäraufwand aus. Bayern hält jetzt ein größeres Heer als der Kaiser Karl V., der Beherrscher zweier Welten; wir übertreiben darin noch den ersten Napoleon; das führt zum Schuldenmachen. Es sollte doch Das, was man schafft, nicht in zu argem Mißverhältniß stehen mit Dem, was man leisten kann.

Wir müssen die großh. Regierung auf das allerdringendste ersuchen, daß sie bei den deutschen Regierungen eine Ersparniß am Militärbudget befürworte.

Abg. Kirsner: Gegenüber dem stetigen Anwachsen des Militärbudgets ist es nothwendig, diese Rücksicht der Ersparniß im Auge zu behalten.

Generalleutnant Ludwig weist auf die Nothwendigkeit hin, einen Stamm von gedienten Unteroffizieren zu haben.

Berichterstatter Moll bespricht ebenfalls die Höhe der Militärlast, die 25% des Budgets ausmacht. Eine Ersparniß hält die Kommission durch Herabsetzung der Präsenzzeit für möglich. An der taktischen Ausbildung der Armee soll nichts dadurch vermindert werden. Redner empfiehlt den Kommissionsantrag.

Abg. Pagenstecher: Gegenüber den großartigen Rüstungen der uns umgebenden großen Militärstaaten müssen auch wir die Wehrbarmachung, die Vertheidigung unseres Landes aufrecht erhalten, so schwer auch die Kosten sind. Wir dürfen die militärische Einrichtung nicht beschneiden, nicht verkümmern, nicht einmal die Last mit Unmuth tragen. Wir müssen gerüstet sein, um den Nachbarstaaten Deutschlands gewachsen zu sein. Wenn nun der Herr Kriegsminister sagt, die $1^1/_2$-jährige Dienstzeit genüge nicht, um tüchtige Soldaten heranzubilden, so sei ihm dieser Ausspruch entscheidend. Die Opfer des Militärbudgets sind nothwendig; wir sollen sie freudig tragen, da sie einen Baustein zu Deutschlands Zukunft bilden.

Abg. Knies: Er möchte doch auf die letzte Rede nur erwiedern, daß sie auf derselben falschen Ansicht beruhe, die auch hie und da in der Presse geltend gemacht werde. Eine Beschneidung der Schlagfertigkeit, der militärischen Leistungsfähigkeit werde durchaus nicht bezweckt durch den Kommissionsantrag; im Gegentheil durch die gewünschte Veränderung soll eher die Wehrkraft vermehrt werden.

Abg. Kirsner tritt ebenfalls der Auffassung des Abg. Pagenstecher entgegen.

Abg. v. Roggenbach kann sich einiger Bedenken gegen die Ausführungen des Kommissionsberichts nicht entschlagen.

Er könne der Meinung nicht beistimmen, daß die Größe des militärischen Etablissements ganz gleichgiltig sei, daß nicht ein größerer militärischer Aufwand auch eindrucksvoller dem Ausland gegenüber wirke. Wir haben gerade in der letzten Zeit diese Erfahrung gemacht, und insofern ist der Aufwand für das Militär nicht ganz verloren, namentlich nicht bei der gegenwärtigen Lage.

Wenn der Augenblick einer großen Gefahr eintrete, so würde auch die ungenügende Bundeseinrichtung kein Hinderniß eines wirksamen Militärschutzes sein.

Redner schlägt schließlich, unterstützt von dem Abg. Schaaff, eine veränderte allgemeinere Fassung des Kommissionsantrages vor, wonach die Regierung zunächst die Frage in Ewägung zu ziehen veranlaßt werden soll.

Nach einigen weitern Bemerkungen der Abgg. Kirsner, Moll, Kusel, Knies wird jedoch dieser Antrag mit geringer Majorität abgelehnt und der Kommissionsantrag genehmigt.

Die Kammer geht hierauf zur Berathung der einzelnen Budgetsätze über und genehmigt dieselben nach den Kommissionsanträgen; die für die Sanitätskompagnie geforderte Summe von 4000 fl., welche von der Kommission auf 1520 fl. gemindert worden, wird dagegen auf Antrag des Abg. Mathy ungeschmälert bewilligt. Wir werden die Detailberathung nachtragen.

Schluß der Sitzung nach $4^1/_2$stündiger Dauer um $^1/_2$2 Uhr.

†† Karlsruhe, 10. Mai. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 11. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Prestinari zu dem Entwurf einer Schlußredaktion des Gesetzes über eine neue Gerichtsverfassung. 3) Berathung des Berichts der Petitionskommission über die an diesem Landtag eingekommenen Petitionen um allgemeine Wehrbarmachung, bezw. um Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; erstattet von dem Abg. Lamey (von Pforzheim).

Baden.

Mannheim, 9. Mai. (Mannh. J.) Bei der am 11. d. M. dahier zusammentretenden Zentral-Rheinschifffahrts-Kommission behufs der Berathung über die zu erbauende feste Rheinbrücke werden die außer Baden betheiligten Staaten, und zwar Bayern durch Hrn. Geh. Rath v. Kleinschrod aus München, Frankreich durch den kaiserl. franz. Konsul Goepp aus Heidelberg, Darmstadt durch Hrn. Geh. Rath Schmitt aus Mainz, Nassau durch Hrn. Ministerialrath Vigelius aus Wiesbaden, Niederlande durch den königl. niederl. Konsul Jonkheer Testa in Mannheim, und Preußen durch Hrn. Geh. Ober-Reg.-Rath Moser aus Berlin, vertreten sein. Außer diesen Vertretern wird von jedem der genannten Staaten noch ein Techniker den Sitzungen beiwohnen.

♀ Baden, 8. Mai. Die Einweihung unserer neu erbauten evangelischen Kirche hat heute in feierlicher Weise stattgefunden. Die erhebende Festlichkeit erhielt durch die Theilnahme Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs eine noch höhere Bedeutung. Höchstderselbe war gegen 11 Uhr Vormittags mittelst eines Extrazuges hier eingetroffen, begleitet von Sr. Großh. Hoheit dem Prinzen Wilhelm und dessen durchlauchtigster Gemahlin. Die Zahl der Theilnehmer war ungemein groß; unter ihnen bemerkte man namentlich auch eine Reihe höherer Staatsbeamten, sowie eine Anzahl Mitglieder der Zweiten Kammer. Die eigentliche Festfeier zerfiel in zwei Theile; der erste galt dem Abschied aus dem Gotteshause, welches der evangelischen Gemeinde zuvorkommend für ihren Gottesdienst seit der ganzen Zeit ihres Bestehens, d. h. seit 32 Jahren, eingeräumt war, und zwar unter 4 Seelsorgern, die, nebenbei erwähnt, sämmtlich bei der schönen Feier anwesend waren. Die Worte des Abschieds und des Dankes wurden mit Wärme gesprochen von dem Hrn. Hofprediger Doll. Hierauf setzte sich der Zug unter Böllersalven und dem Geläute aller Glocken der Stadt in Bewegung und begab sich durch die reich beflaggten Straßen nach der neuen Kirche, an deren Portal die feierliche Uebergabe der Schlüssel stattfand. Die eigentliche Weihehandlung wurde durch den Hrn. Dekan, Kirchenrath Roth aus Karlsruhe vollzogen. Hiernach betrat Hr. Prälat Holtzmann die Kanzel. Derselbe entsprach zuerst einem ihm gewordenen Auftrage des großh. evangelischen Oberkirchenrathes, welcher doppelter Natur war: einmal solle er der politischen Gemeinde der Stadt Baden von Seiten der genannten Oberbehörde den herzlichsten Dank aussprechen für das freundliche Wohlwollen, mit welchem sie stets der jungen evangelischen Gemeinde entgegengekommen, und dann speziell für die reiche, kräftige und werkthätige Beihilfe, die sie der letztern bei der Ausführung ihres Kirchenbaues angedeihen ließ. Zugleich überbrachte er der evangelischen Kirchengemeinde vom evang. Oberkirchenrath Gruß und Glückwunsch zu ihrem heutigen Fest- und Ehrentag. Hieran knüpfte sich dann seine Predigt an.

Wir dürfen diese kurze Mittheilung über die kirchliche Feier der Kircheneinweihung nicht schließen, ohne noch des Umstandes zu erwähnen, daß die Orgelbegleitung einem der ersten Meister im Orgelspiel anvertraut war, Hrn. Prof. Faißt aus Stuttgart, der eigens zu dem heutigen Feste hieher gekommen. Nach dem Gottesdienst vereinigte man sich bei einem Festmahle im Konversationshause.

Sämmtliche höchste Herrschaften, welche die Kircheneinweihung durch ihre Gegenwart mit verherrlicht hatten, kehrten gegen Abend mit einem Extrazug nach Karlsruhe zurück, nachdem sie in der Zwischenzeit einem Diner bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen beigewohnt.

Freiburg, 9. Mai. Es ist nun entschieden, daß Hr. Prof. Spiegelberg den Ruf nach Königsberg als Prof. der Geburtshilfe bindend angenommen hat. Die hiesige Universität erleidet durch den Abgang dieses ausgezeichneten Lehrers einen großen und nicht leicht zu ersetzenden Verlust.

Vermischte Nachrichten.

— München, 6. Mai. (Allg. Ztg.) In Folge des Rücktritts des verdienstvollen hochbejahrten Gründers unseres Thierschutz-Vereins, Hofraths Dr. Perner, von der Vorstandschaft, hat der Verein seine Auflösung beschlossen, und zugleich eine Kommission ernannt, welche das vorhandene Vereinsvermögen noch zum Ankauf und zur Tödtung alter mißhandelter Pferde verwenden soll.

— Frankfurt, 9. Mai. Gestern Nachmittag $^1/_2$1 Uhr wurde unter entsprechenden Feierlichkeiten das Schiller-Standbild enthüllt. Festgesang der verbündeten Männer-Gesangvereine eröffnete die Feier, worauf Prof. T. Mommsen die Enthüllungsrede hielt. Dem Bildhauer Dielmann und dem Erzgießer v. Miller wurde der Dank der Stadt ausgesprochen. Abends folgte eine festliche Beleuchtung der Schiller- und Göthe-Statue.

— Berlin, 6. Mai. Ueber die Entdeckung der Mörder des Professors Gregy enthält die „Ger.-Ztg." unter Anderm folgende Details:

Am Montag meldete sich auf dem Bureau der Kriminalpolizei ein Mann mit der Anzeige, daß der Wirth des Hauses Oranienplatz Nr. 20 ihm mitgetheilt habe, er habe am Sonntag Abend, an dem der Mord unzweifelhaft geschehen, in dem von der Wittwe Quinche bewohnten Keller seines Hauses einen Schrei und demnächstiges Wimmern gehört, sei deßhalb mit dem Bewohner des Nebenkellers an die Thür des Quinche'schen Kellers gegangen, habe angeklopft, es sei ihm jedoch nicht geöffnet worden. Tags darauf habe ihm die Wittwe Quinche mitgetheilt, ihr Sohn habe sie geschlagen, sie habe deshalb nicht geöffnet. Er, der Wirth, habe es nicht gewagt, bisher von seiner Beobachtung der Polizei Kenntniß zu geben, weil die in seinem Keller wohnende Gesellschaft stets für Beil und Messer bereit sei. Die Kriminalpolizei fand in der äußerst ärmlich eingerichteten Kellerstube 4 Personen, und zwar die 53 Jahre alte Wittwe Quinche, geborne Grothe, den 24 Jahre alten Sohn, Arbeitsmann Louis Grothe, den 12jährigen Ferdinand Grothe, und die 25jährige unverehelichte Marie Fischer, die als Sängerin und Soubrette in verschiedenen niedern Lokalen Berlins und als Schankmamsell sich bewegt hatte. Louis Grothe und seine Mutter waren mit äußerst wenigen Kleidungsstücken angethan, — ein Beweis, daß die Bande überrascht worden. Augenscheinlich glaubte sie, daß die Sittenpolizei bei ihr eingedrungen sei, denn die Fischer ist ein ausgewiesenes, höchst berüchtigtes Frauenzimmer. Es wurde daher der Untersuchung der Mobilien zunächst kein Widerstand entgegengesetzt. Bei der Untersuchung der Kommode fand der Inspektor Bormann einen doppelläufigen, bis zur Mündung scharf geladenen Revolver, von dem er vorsichtiger Weise die Zündhütchen abnahm und den er dem Kommissar Pick übergab. Dieser legte ihn, mit anderer Untersuchung beschäftigt, neben sich auf die Fensterbrüstung; in demselben Augenblick sprang Louis Grothe hinzu, ergriff den Revolver, richtete ihn auf die Beamten und rief: „Was wollt ihr nun?" Hr. Pick überwältigte den Grothe im Augenblick. Letzterer sprang nun auf einen Tisch zu, wurde aber, ehe er zum Tischkasten gelangen konnte, überwältigt, und fand man jetzt in diesem Tischkasten einen haarscharf geschliffenen neuen Dolch. Grothe wurde gebunden zur Stadtvogtei geführt, seine Gesellschaft mit ihm, darunter die ewig lächelnde hübsche Fischer. Bei der Untersuchung des Kellers fand man in dem Bette sechs Bretter, darunter vier ganz neue, und eines, auf dem unzweifelhaft die noch ganz klar erkenntlichen Blutflecken mit großer Mühe auszuwaschen versucht worden waren. Unter dem Bett war eine große Blutlache. Offenbar hatte hier der Leichnam des unglücklichen Professors einen Tag über gelegen. Die Verhafteten haben bisher zwar nichts gestanden, sie sind aber, so weit es menschliche Kombinationen möglich machen, überführt. Zunächst wurde der 12jährige Grothe befragt, wo er sich am 17. April aufgehalten habe. Er erklärte, er sei in Charlottenburg gewesen. Sofort wurde ein Polizeibeamter nach Charlottenburg gesandt, der mit der Nachricht zurückkam, daß diese Angabe unwahr sei. Als ihm dies vorgehalten wurde, sagte der Knabe wörtlich: „Ich kam nach Hause, als Alles rein gewaschen war." Als man ihn weiter befragte, wollte er nichts mehr aussagen, ehe er nicht seine Mutter gesprochen. Die Kenntniß von der Verhaftung der Familie Grothe, die vorgestern sich mit Blitzesschnelle durch die Stadt verbreitete, hat noch andere unzweifelhaft überführende Momente an das Tageslicht gebracht. Zunächst meldete sich eine Frau, die bezeugt, daß sie gesehen, wie am Montag den 18. April c., Abends, Louis Grothe auf einem Handwagen einen Waschkorb, über den ein Strohsack gedeckt worden, nach dem Oberbaum zu fortgefahren hat. Es meldete sich ferner ein in der Nähe des berüchtigten Kellers wohnender Konditor, der erklärte, daß Abends nach 9 Uhr die Marie Fischer mit einem Manne, den er nach der Beschreibung für den Ermordeten hält, in seiner Konditorei Chokolade getrunken, und daß er ein Gespräch mit einer Bekannten der Fischer mit angehört habe, bei welchem diese auf die Frage ihrer Sittengenossin gesagt hat: „Das ist mein alter Geliebter, den ich nicht mehr will, er geht mir aber immer noch nach." Es meldeten sich gestern ferner zwei Korbmachergesellen und überreichten einen Ueberrock, der ihnen von Grothe verkauft worden war. Die Wittwe des Ermordeten sowohl wie der Schneider, der für Gregy gearbeitet hat, haben in diesem Rock das Eigenthum des Professors erkannt. Letzterer Befund läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß der unglückliche Gregy in dem Keller Oranienplatz Nr. 20 von der Familie Grothe ermordet worden ist.

— Berlin, 9. Mai. Heute Mittags fand das Leichenbegängniß Meyerbeer's statt. Der im Trauerhause aufgestellte Sarg war von Blumen umgeben und mit Kränzen bedeckt, darunter Kränze von der Königin und von der Prinzessin Friedrich Karl. Die Säle faßten kaum alle Leidtragenden. Anwesend waren der Prinz Georg, Fürst Radziwill, Graf Redern, der französische Botschafter, Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft, Deputationen der Kommunal- und anderer Behörden. Das Opernpersonal eröffnete mit einem vom Verstorbenen komponirten Trauergesang die Feierlichkeit, und der Breslauer Rabbiner Joel hielt die Leichenrede. Der mit Palmen geschmückte Leichenwagen zog, Musikkorps voran und von einem endlosen Gefolge begleitet, wobei die Gala-Equipagen des Hofes, durch die mit Menschen bedeckten Straßen nach dem jüdischen Friedhofe, wo ein Gebet die Feier schloß. Vor dem Opernhause, von welchem eine Trauerfahne wehte, hatte ein vom Opernpersonal ausgeführter Choral den kurze Zeit haltenden Trauerzug empfangen.

— Wien, 7. Mai. Der tapfere, schwer verwundete Prinz von Württemberg ist gestern hier eingetroffen. Als der Kaiser gestern früh von Schönbrunn nach Wien kam, wurde der Prinz zu Sr. Majestät in die Hofburg beschieden. Se. Majestät empfing den General auf's herzlichste.

Nachschrift.

Telegramme.

† **Hannover**, 10. Mai. Erste Kammer. Berathung über den Beschluß der Abgeordnetenkammer. Minister Hammerstein: Die Regierung lehne jede Erörterung über die Unterredungen des Grafen Platen mit dem englischen Gesandten ab; sie beharre bei ihren Bemühungen für die Selbständigkeit der Herzogthümer, habe jedoch ein einseitiges Vorgehen in der Erbfolge-Frage abgelehnt. Er verliest eine Erklärung Platen's, dahin gehend, die Berichte des brittischen Gesandten gäben ein unrichtiges und unvollständiges Bild; es fehle seine Wahrung des deutschen Rechts und seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Lostrennung der Herzogthümer. Rössing fragt: Faßt die Regierung die Selbständigkeit der Herzogthümer als eine Trennung von Dänemark auf? Hammerstein antwortet ausweichend. Die Berathung wird nächsten Donnerstag fortgesetzt werden.

† **Hamburg**, 10. Mai. Der Telegraph meldet aus Cuxhaven: Das österreichisch-preußische Geschwader ist heute früh zurückgekommen. Der „Schwarzenberg" ist ohne Fockmast und Klüverbaum; auch sonst stark beschädigt. Der Verlust des Geschwaders beträgt dem Vernehmen nach 170 Todte und Verwundete. Das Gefecht fand zwischen Helgoland und der Elbemündung statt.

† **Wien**, 10. Mai. Man telegraphirt der „Frkf. Post-Ztg.": Die Konferenzmächte sind übereingekommen, in der Donnerstags-Sitzung sofort in die Friedensverhandlungen einzutreten. Die Aussichten sind nicht ungünstig.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

9. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 6,77'''	+ 9,0	N.O.	ganz bed.	trüb, kühl, regnsch.
Mittags 2 „	„ 6,40'''	+17,0	„	stark „	Sonnenbl., warm
Nachts 9 „	„ 7,02'''	+12,0	S.W.	ganz „	tb., Wettrl. Rgnt.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 12. Mai. 2. Quartal. 65. Abonnementsvorstellung. **„Was ihr wollt"**; Lustspiel in 3 Akten, von Shakespeare, übersetzt von Schlegel.

Theater in Baden.

Mittwoch 11. Mai. **Fidelio**; Oper in 2 Akten, von Beethoven.

Z.h.852. Karlsruhe. Tief erschüttert benachrichtige ich Verwandte und Freunde von dem gestern Abend erfolgten Hinscheiden meiner lieben Frau, Wilhelmine, geb. Reich.

Karlsruhe, den 10. Mai 1864.

K. von Stoesser, Geh. Rath a. D.

Z.h.853. In J. G. Bößenecker's Verlagsbuchhandlung in Regensburg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig, in **Karlsruhe** in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung**, in der **Creuzbauer'schen** und **A. Geßner'schen Buchhandlung**:

Zwei französische Stimmen
über
Renan's Leben Jesu
von
Edmund Scherer u. Athan. Coquerel d. J.
geh. 36 kr.

Die unter diesem Titel erscheinende Broschüre enthält zwei durch Form und Inhalt gleich vortreffliche Kritiken des berühmten Renan'schen Buches. Sie sind aus der Feder zweier durch Gelehrsamkeit, Scharfsinn und Freimuth ausgezeichneten, an der Spitze der Fortschrittsbewegung des protest. Frankreichs stehenden Schriftsteller.

Wenn ihre eben so ernsten und strengen, als ritterlich feinen Kritiken für die zahlreichen Leser jenes vielgelesenen Werkes ein sehr nothwendiges Correctiv der Renan'schen Darstellung enthalten, so liefern sie zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Kenntniß der gegenwärtigen religiösen und theologischen Zustände des protest. Frankreichs, und werden sie daher nicht blos dem Theologen vom Fach, sondern jedem gebildeten Leser eine erwünschte Erscheinung sein.

Z.h.846. Bruchsal.

Danksagung.

Bei dem am 6. d. M., Abends halb 10 Uhr, ausgebrochenen Brandunglück, durch welches ein großer Theil unserer Stadt sehr bedroht war, gelang es unserer vortrefflichen Feuerwehr nach mehrstündiger Anstrengung unter kräftiger und anerkennungswerther Hilfeleistung der hiesigen Garnison und insbesondere der Herren Offiziere, sowie der herbeigeeilten Nachbarn von Heidelsheim, Ubstadt, Forst und Karlsdorf, das entfesselte Element zu bezwingen und viele Familien der drohenden Gefahr zu entreißen.

Wir fühlen uns verpflichtet, hiefür Namens der Gemeinde den wärmsten Dank auszusprechen.

Höchst wohlthuend und erfreulich war es, noch in später Mitternacht die wackeren Feuerwehren von Bretten und Karlsruhe hilfebereit in unsern Mauern einziehen zu sehen.

Herzlichen Dank, edle Männer, für Eure uns bewiesene Liebe und Theilnahme.

Möge der Himmel Euch vor ähnlichem Unglück bewahren.

Bruchsal, den 9. Mai 1864.

Der Gemeinderath.
Engelhardt.

vdt. Heck.

Stellegesuch.

Z.h.794. Ein junger Kaufmann von 25 Jahren, Badenser, der der franz. Sprache, sowie der doppelten Buchführung und sämmtlicher Büroarbeiten vollkommen mächtig ist, ziemliche Waarenkenntnisse besitzt, überhaupt ganz selbständig zu arbeiten im Stande ist, sucht für sogleich eine entsprechende Anstellung. Gef. Offerten unter Litera M 1000 befördert die Expedition dieses Blattes.

Kellnergesuch. Z.h.740. Ein tüchtiger, zuverlässiger Kellner, der Französisch spricht, findet eine dauernde Stelle und kann sogleich eintreten.

Näheres unter Nr. 150 bei der Exp. der Karlsr. Zeitg.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.

Keine grauen Haare mehr!
Melanogène

von **Dicquemare** aîné in **Rouen. Fabrik** in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.

Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn**, Hoflieferanten in **Karlsruhe.** Z.h.242.

Z.h.461. Karlsruhe.

Römischer Cement
von **Vassy-les-Avallon**

ist wieder eingetroffen und in Tonnen von 100 bis 250 Ko. zu haben bei

Heinrich Rosenfeldt in Karlsruhe.

Z.f.938. **Beste englische**

PATENT-FILZE
zu Dachbedeckungen.

Geruchloser Erdpech-Filz zur Bekleidung **feuchter Wände.**

Niederlage auf dem Continent bei

J. H. Walkhoff. Hamburg.

Z.h.512. New-York.

A. Moeller & Compie
32 liberty Street
New-York,

empfehlen sich in **Spedition & Kommission.**

Referenzen:

Herrn **S. Lederle** in **Ludwigshafen a. Rh. & Mannheim,**
Herren **Gebrüder Kempf** in **Neustadt a. H.,**
" **C. Hemmann & Cie.** in **Rotterdam,**
" **Heinr. Rüppel & Sohn** in **Bremen,**
Herrn **Heinr. Eduard Sohns** in **Hamburg.**

Neuer Beweis für die Vortrefflichkeit des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs

(echt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider,** Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums).

Sehr geehrter Herr! Indem ich Ew. Wohlgeboren ganz ergebenst ersuche, mir gefälligst 4 Flaschen Ihres Kräuter-Liqueurs gegen Postvorschuß zusenden zu wollen, theile ich Ihnen gleichzeitig mit, daß der zweimonatliche Gebrauch des genannten Liqueurs mir hinsichtlich meiner Hämorrhoidalleiden sehr gute Dienste geleistet hat. Münster, den 31. Juli 1863. Hochachtungsvoll **Overhage,** Feldwebel a. D. Z.c.626.

Naturbleiche in Urach.

Z.h.844. Karlsruhe. Für diese beliebte unschädliche Bleiche übernehme ich auch dieses Jahr wieder, wie schon seit vielen Jahren, die Besorgung der Leinwand und Gebild für hier und Umgegend, und sehe recht zahlreichen Zusendungen entgegen.

Karl Benjamin Gehres in Karlsruhe.

Rippoldsauer Mineralwasser.

Z.h.605. Die Rippoldsauer Mineralquellen gehören nach den Analysen von Bunsen zu den ersten salinischen Eisensäuerlingen Deutschlands.

Das Rippoldsauer Mineralwasser findet als Trinkkur vorzugsweise Anwendung bei Verdauungsbeschwerden, Verschleimung, Magenleiden, Sodbrennen, Unterleibsstockungen, Hämorrhoiden, Leberkrankheiten, Urinbeschwerden und Blasenkatarrh, Bleichsucht u. s. w.

Dem reichen Kohlensäure-Gehalt verdankt es die leichte Verdaulichkeit und wird auch als Tischwasser viel getrunken.

Die Natroine, mit vermindertem Eisengehalt, von angenehmem säuerlichem Geschmack, die Schwefelnatroine, frei von schwefelsaurem Kalk mit Geruch nach Schwefelwasserstoff-Gas, werden aus den Mineralquellen bereitet.

Die Versendung geschieht in verkapselten Flaschen und Kisten von 25 und 50 kleinen oder großen Flaschen. — Eine Niederlage von stets frischer Füllung ist bei Herrn Ferd. Hölzlin jr. in Offenburg, auch ist es in den meisten Mineralwasser-Handlungen vorräthig.

Die **Rippoldsauer Pastillen**, von gleichen Wirkungen, sind in etikettirten Schachteln in den Apotheken und Mineralwasser-Handlungen zu haben.

Bad Rippoldsau im badischen Schwarzwald.

Fritz Göringer, Badeigenthümer.

Z.h.854. Karlsruhe.

Carl Arleth,
Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt frisches vorzügliches
echt **Münchner Bockbier** vom Hofbräuhaus,
" " **Lagerbier** vom Spaten,
" " **Bockbier** " "
" " **Exportbier** von G. Pschorr,
— echt englische **Ale** und **Porterbier** ꝛc. —

Z.f.816. Offenbach a. M.

Asphalt-Dach-Filz, Asphalt-Dach-Pappe.

Eindeckungen und Reparaturen von Dächern werden zu festen Preisen übernommen.

Asphaltlacke, Theer, Oel, Schwarzpech, Naphtalin und Benzin.

Offenbach a. M.

Aug. Martenstein.

Z.h.152. Frankfurt.

Am 1. Juni 1864
1te Ziehung des
Neuesten K. K. Oesterreichischen Staats-Anlehens von 1864.

Der Verkauf dieser Anlehensloose ist in allen Staaten gesetzlich erlaubt. Hauptgewinne des Anlehens sind: 20mal **250,000** fl., 10mal **220,000** fl., 60mal **200,000** fl., 81mal **150,000** fl., 20mal **50,000** fl., 20mal **25,000** fl., 121mal **20,000** fl., 90mal **15,000** fl., 171mal **10,000** fl., 352mal **5000** fl., 432 à **2000** fl., 783 à **1000** fl., 1350 à **500** fl., 5540 à **400** fl.; ferner kleine Gewinne von fl. **200, 195, 190, 185, 180, 175, 170, 165, 160, 155, 150, 145, 140.** Jede Obligation muß unbedingt mindestens 135 fl. erhalten.

Jährlich finden 5 Ziehungen statt, und zwar am 1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März und 15. April.

Original-Loose für alle Ziehungen werden zum billigsten Preise geliefert.

Ein Loos für eine Ziehung kostet **3½ Gulden. Sechs Loose** zusammen nur . . **17½** "

Pläne und Ziehungslisten erhält Jedermann gratis und franco. Gefällige Aufträge bis zu den kleinsten Bestellungen werden gegen Baarsendung oder Postnachnahme pünktlichst ausgeführt.

Man wende sich in frankirten Briefen direkt an

Jean Schrimpf,
Banquier in Frankfurt a. M.

Rothgerberei-Verkauf.

Z.h.822. Eine rentable und guteingerichtete, mit hinlänglicher Wasserkraft versehene **Rothgerberei- und Oekonomie-Einrichtung** ist wegen Geschäftsveränderung unter annehmbaren Bedingungen billig zu verkaufen.

Dieses Geschäft wird durch mechanische Einrichtung betrieben, und können hinsichtlich der vortheilhaftesten Einrichtung und guter Wasserkraft noch andere Maschinerien angebracht werden, und liegt in einer der besten Lagen im Seekreis Badens, wo der Lederverkauf en detail sehr gut und bezüglich der Einrichtung weniger Konkurrenz zu befürchten ist.

Nähere Auskunft ertheilt hierüber die Expedition dieses Blattes.

Z.g.789. Nr. 5093. Karlsruhe.

Wein- und Fässer-Versteigerung.

Aus dem Nachlaß des verlebten Partikuliers Hermann Weill dahier werden in dessen Behausung, Waldhornstraße Nr. 15, am

Mittwoch den 18. Mai d. J.,
Vormittags 9 Uhr anfangend,

folgende Weine und Fässer gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden, nämlich:

26½ Ohm 1862er Rießling,
3 Ohm 69 Maß 1857er Rießling,
68 Maß 1846er Rießling,
1 Ohm 69 Maß 1862er Rießling,
60 Maß Affenthaler,
6 Oval- und runde Faß, von einem Fuder bis 4 Ohm haltend,
8 runde Fässer von 2 Ohm bis ½ Ohm haltend.

Sämmtliche Fässer befinden sich im besten Zustande und sind weingrün.

Karlsruhe, den 7. Mai 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
W. Schumacher.

Z.g.790. Nr. 5090. Karlsruhe.

Fahrnißversteigerung und Schuldenliquidation.

Aus dem Nachlasse der verstorbenen Freifräulein Louise Karoline Schilling von Canstadt dahier werden in ihrer Wohnung, Langestraße Nr. 156,

Mittwoch den 18. und Donnerstag den 19. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,

die vorhandenen Fahrnisse versteigert, und zwar:

Gold, Silber, Bücher, Frauenkleider, Weißzeug, Schreinwerk und sonst verschiedener Hausrath.

Zugleich werden die Gläubiger, welche eine Forderung zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche

Dienstag den 17. d. Mts.,
Vormittags von 8—12 Uhr,

bei dem großh. Notar Beck in seiner Wohnung, Langestraße Nr. 193 dahier, anzumelden und zu begründen, ansonst sie bei der Massevertheilung unberücksichtigt bleiben müßten.

Karlsruhe, den 7. Mai 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.
H. Hoffmann.

Z.h.847. Karlsruhe.

Bauarbeiten-Vergebung.

Die für Erbauung eines dritten Stockwerkes auf dem südlichen Flügel des hiesigen Rathhauses nöthigen Arbeiten sollen im Soumissionswege an den Wenigstnehmenden vergeben werden. Dieselben bestehen in

a) Maurerarbeit, im Anschlag von	3530 fl. 7 kr.
b) Steinhauerarbeit, im " "	487 fl. 14 kr.
c) Schieferdeckerarbeit, im " "	823 fl. 43 kr.
d) Zimmermannsarbeit, im Anschlag von	3039 fl. 34 kr.
e) Schreinerarbeit, im Anschlag von	1500 fl. — kr.
f) Glaserarbeit, " "	370 fl. 10 kr.
g) Schlosserarbeit, " "	400 fl. — kr.
h) Hafnerarbeit, " "	135 fl. 30 kr.
i) Blechnerarbeit, " "	250 fl. — kr.
k) Tünchnerarbeit, " "	517 fl. 7 kr.

Die näheren Bedingungen, Pläne u. s. w. liegen auf diesseitiger Kanzlei zur Einsicht auf.

Die Angebote, welche auf die einzelnen Preise gestellt sein müssen, sind längstens

Dienstag den 17. d. M., Abends,

dahier einzureichen.

Karlsruhe, den 10. Mai 1864.

Gemeinderath.
Malsch.
Dölling.

Z.h.843. Sinsheim.

Haberversteigerung.

Freitag den 13. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, versteigern wir in unserm Geschäftszimmer 300 Malter Haber in schicklichen Abtheilungen gegen baare Zahlung vor der Abfassung.

Sinsheim, den 9. Mai 1864.

Großh. Stiftschaffnei.
Banz.

Z.g.767. Nr. 5798. Säckingen. (Aufforderung und Fahndung.) Dominik Gersbach von Wikartsmühle, Gefreiter beim 3. Infanterieregiment, hat sich unerlaubt entfernt, und ist dessen Aufenthalt unbekannt. Derselbe wird hiemit aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigens er des Staats- und Gemeindebürgerrechts für verlustig erklärt, und wegen Desertion in die gesetzliche Vermögensstrafe verfällt würde.

Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlag belegt, und dessen etwaigen Schuldnern aufgegeben, bei Vermeidung doppelter Zahlung bis auf weitere diesseitige Verfügung an Niemand Zahlung zu leisten.

Auch wird um Fahndung auf Gersbach und gefängliche Ablieferung desselben auf Betreten nachgesucht.

Signalement.

Alter, 31¾ Jahre.
Größe, 5' 5" 3'''.
Statur, schwach.
Gesichtsform, rund.
Gesichtsfarbe, blaß.
Haare, dunkelbraun.
Stirne, hoch.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, dick.
Mund, gewöhnlich.
Bart, braun.
Kinn, rund.
Zähne, gut.

Säckingen, den 6. Mai 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Sachs.

Z.h.788. Nr. 471. Donaueschingen. (Erledigte Gehilfenstelle.) Bei unterzeichneter Verrechnung ist eine Dekopistenstelle mit einem jährlichen Einkommen von ca. 400 fl. erledigt. Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse bei uns melden. Der Eintritt sollte in Bälde erfolgen.

Donaueschingen, den 6. Mai 1864.

Großh. bad. Eisenbahnbaukasse.

Z.h.845. Buchen. (Offene Gehilfenstelle.) Bei großh. Obereinnehmerei Buchen ist Ende Juli d. J. die erste Gehilfenstelle zu besetzen. Gehalt 500 fl.

Frankfurt, 9. Mai 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93⅜ G.
"	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ P.
"	5% do. 1852 i. Lst.	80¼ P.	"	4½% do.	101⅞ P.
"	5% do. 1859 " "	78¾ bez.	"	4% do.	99⅝ P.
"	5% Lomb. i. S. b. R.	92 P.	"	3½% do.	93 P.
"	5% Venet. C. b. R. 6/7	82⅜ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¼ G.
"	5% Nat.-Anl. 1854	67¼ G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91¾ P.
"	5% Met.-Obligat.	61⅜ G.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	92 P.
"	5% do. 1852 C. b. R.	61⅝ G.	"	4% do. à 105 kr. b. E.	90 P.
"	4½% Met.-Oblig.	54 G.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅜ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	"	3% do.	93 P.
"	4½% do.	99⅜ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	85⅝ P.
"	4% do.	95¾ P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88¼ P.
"	3½% Staatssch.	90 P.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig	101¾ P.	"	2¼% Schuld	44¾ G.
"	4½% ½jährig	101¾ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ bG.
"	4% 1jährig	100⅜ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	— —
"	4% ½jährig	100⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ P.
"	4% Ablös.-Rente	100 P.	"	4½% Pfbf. b. B. & E.	93¾ G.
"	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104½ G.	"	4½% Bern. St.-O.	— —
"	4% do.	102½ G.	"	4% do.	94 P.
"	3½% do.	94¾ P.	"	5% Gf. St. O. Fr. 28	96½ G.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	59⅝ bez.
"	3½% do. v. 1842	93¼ P.	"	6% do. r. 1882	58¼ P.
G.Hess.	5% Obligation.	101¾ G.	"	5% do. r. 1871	— —
"	4% do.	99¾ P.	"	5% do. r. 1874	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	127 G.
" 250 fl. " 1854	78 bez.
" 100 fl. Pr L 1858	130¼ bz.
" 500 fl. v. 1860 6/7	83½ bez.
" 100 fl. v. 1864	98½ G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112 P.
" 35-fl.-"	52¾ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	56⅛ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	137¾ P.
" 25 fl. " " "	37⅜ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¼ bez.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34¼ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86½ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ P.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138¾ P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	795 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51¼ P.
5% " Cred. A. i. O. W.	199 bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50½ G.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	75½ G.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220½ P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	80⅞ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	92 bez.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	96½ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	85⅛ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105¼ G.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84½ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101¼ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	78 G.
3½⅛ Frankf. Han. Esnb.-A.	102⅛ P.	5% " " 2. " " "	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 G.	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	110 G.	4% " " "	98⅜ G.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68 G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	98½ G.
Rhein-Nahe-Bahn	27⅛ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	142¾ P.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	245½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98½ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% "	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	104½ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% "	111⅜ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% "	151 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	127⅞ G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% "	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provideni. 10% "	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% "	— —

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100⅞ B.
Antwerpen	"	93¾ G.
Augsb. 24 fl. 100	"	99¾ G.
Berlin	"	105¼ B.
Bremen	"	97¼ B.
Brüssel	"	93¾ G.
Cöln	"	105¼ B.
Hamburg	"	88¾ B.
Leipzig	"	104⅞ G.
London	"	119 G.
Maild. i. Fr. 200	"	93⅝ G.
München	"	99⅝ G.
Paris	"	94⅛ bez.
" 60 à 90 T.		93¾ G.
Wien	k.S.	101¼ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	"	9 56 -57
Holl. fl. 10 St.	"	9 49 -50
Rand-Ducat.	"	5 33½-34½
20-Frankenst.	"	9 23½-24½
Engl. Sover.	"	11 47 -51
Russ. Imper.	"	9 40 -42
Gold pr. Zpfd.	"	803 -808
5-Frank.-Thl.	"	— —
Alte österr. 20r.	"	30 24 G.
Rand-20r.	"	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	"	52 6-36
Preuß. Cassch.	"	1 45 -45¼
Doll. in Gold	"	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)